

Die CSC ist gefordert!

Die Staatsverschuldung ist in Belgien bereits extrem hoch, und sie vergrößert sich weiter exponentiell! Deshalb ist die Föderalregierung gezwungen, hohe Steuer- und Sozialabgaben einzufordern, obschon sie natürlich weiß, dass sie dadurch die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen durch die kleinen und mittelständischen Unternehmen gefährdet. Wegen der Verschuldung und der hohen Arbeitslosigkeit wird die Regierung auch durch die Wirtschafts- und Finanzkonzerne erpressbar: Sie stimmt deshalb Regelungen zu, die nur dem Vorteil der Konzerne dienen, und die allesamt zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Dazu gehören Fusionen und Monopolbildungen, staatlich subventionierte Betriebsauslagerungen, Verkauf öffentlicher Dienstleistungen, für die öffentliche Hand unvorteilhafte PPP-Projekte, usw. Diesem Teufelskreis der Abwärtsspirale stehen die Regierungen und die Gewerkschaften in ganz Europa hilflos gegenüber, weil sie den Einfluss und die Ursache der Staatsverschuldung verkennen und auch nicht ergründen wollen. Leider gilt das auch noch immer für die Wallonie und für Flandern!

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist die Ausgangslage eine andere: Hier kennen die Mehrheitsparteien im Parlament und die Regierung der DG inzwischen den Verursacher der Staatsverschuldung, nämlich das Schuldgeldsystem und die nicht ausgeübte Staatshoheit in Geldfragen, aber sie bringen nicht den Mut auf offen darüber zu sprechen, weder in der DG und schon gar nicht dort wo es sein müsste, und zwar in Brüssel,.

Deshalb ist für uns insbesondere die CSC, als größte und einflussreichste Arbeitnehmervertretung in der DG, nun doppelt gefordert! Denn ihre Mitglieder haben nicht das Problem, sich so wie die Politiker bei Parteioberen und innerbelgischen Schwesterparteien profilieren und rechtfertigen zu müssen. Die CSC ist ausschließlich der arbeitenden Bevölkerung Rechenschaft schuldig. Wenn sie also ihren Auftrag und ihre Zielsetzung ernst nimmt, dann darf sie nicht länger an der eigentlichen Ursache der Verschuldung, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der zunehmenden Verarmung in der Bevölkerung, den zunehmenden Insolvenzen von Unternehmen und landwirtschaftlichen Familienbetrieben, sowie auch der zunehmenden Umweltzerstörung, vorbeisehen. Erst wenn sie sich der Ursachenbekämpfung verschrieben hat, wird sie erreichen, dass ihr Präsident Luc Cortebeek, beim nächsten Treffen mit Premierminister Yves Leterme, wesentlich effektivere Geschütze, als bisher üblich, wird auffahren können!

Joseph Meyer, St.Vith
VIVANT- Ostbelgien